

Frankfurt, 12. März 2014

# PRESSEKONFERENZ

**Uwe Fröhlich,  
Präsident des  
Bundesverbandes der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken (BVR)**

## **Statement**

## **Jahrespressekonferenz**

Bundesverband der  
Deutschen Volksbanken und  
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:  
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4  
10785 Berlin  
Telefon: (030) 20 21-13 00  
Telefax: (030) 20 21-13 05

Internet: [www.bvr.de](http://www.bvr.de)  
E-Mail: [presse@bvr.de](mailto:presse@bvr.de)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) freut sich, Ihnen heute hier in Frankfurt die Geschäftszahlen 2013 der 1.078 Volksbanken und Raiffeisenbanken vorstellen zu können. In der Regel präsentieren wir Ihnen ja im Sommer den konsolidierten Jahresabschluss der gesamten genossenschaftlichen FinanzGruppe in Frankfurt. Die Zahlen der genossenschaftlichen Ortsbanken stellen wir davor traditionell im März der Öffentlichkeit vor. Wir sind in diesem Jahr – das im Übrigen das Jahr ist, in dem unsere erfolgreiche Sicherungseinrichtung 80 Jahre alt wird – gern Ihrem Ruf nach Frankfurt gefolgt, um nun auch die Zahlen der Kreditgenossenschaften am Frankfurter Finanzplatz zu veröffentlichen.

Das Beste zuerst: Der Mitgliederbestand der deutschen Genossenschaftsbanken wuchs im vergangenen Jahr um mehr als 364.000 Menschen – im Jahr davor um rund 350.000. 17,7 Millionen Mitglieder zählen die Kreditgenossenschaften inzwischen insgesamt. Eine schönere Bestätigung für unser Geschäftsmodell kann ich mir – ganz ehrlich – nicht vorstellen. In den letzten fünf Jahren seit Ende 2008 sind die Mitgliederbestände der Genossenschaftsbanken um 1,5 Millionen Mitglieder gestiegen.

2,6 Milliarden Euro beträgt der Jahresüberschuss nach Steuern, den die deutschen Kreditgenossenschaften im Jahr 2013 insgesamt erwirtschafteten. Getragen von einem dynamischen Wachstum im Kundengeschäft wuchs der Jahresüberschuss damit im Vergleich zum Vorjahr um 15,1 Prozent. Mit einem Teilbetriebsergebnis von 7,1 Milliarden Euro übertrifft das operative Zins- und Provisionsgeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken den Vorjahreswert um 5,2 Prozent. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken stellen damit einmal mehr die Nachhaltigkeit ihres Wirtschaftens unter Beweis – in einem für Banken keinesfalls leichten Geschäftsumfeld, das durch umfangreiche regulatorische Anforderungen und die Niedrigzinsphase geprägt ist.

Meine Damen und Herren, die europäische Bankenunion, in der Aufsicht, Einlagensicherung und Abwicklung europäischer Banken neu geordnet werden, ist das ehrgeizigste politische Projekt in Europa seit der Einführung des Euro. Die europäischen Institutionen ziehen in der Folge weitreichende Kompetenzen an sich. Es ist ja auch richtig, daran zu arbeiten, Marktdisziplin und Eigenverantwortung zu stärken und über geeignete Bail-in-Mechanismen zunächst Eigentümer und Bankgläubiger im Problemfall haften zu lassen. Erst danach sollte ein nationaler oder europäischer Abwicklungsfonds greifen. All dies könnte, wenn es gut gemacht ist, der Vergemeinschaftung von Risiken entgegenwirken – all dies soll, wenn es funktioniert, die Too-big-to-fail-Problematik zu großer, systemrelevanter Banken lösen.

So kurz vor der Europawahl im Mai herrscht also Betriebsamkeit in Brüssel. Wichtige Bestandteile der Bankenunion wie der einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM), der nicht überlebensfähige systemisch relevante Banken mittels eines Fonds abwickeln soll, drängen in Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Ministerrat und Kommission ihrem Abschluss entgegen. Auch Genossenschaftsbanken und Sparkassen sollen in den Fonds einzahlen – wenn es nach Brüssel geht, sogar über die nationale Bankenabgabe hinaus. Gleichzeitig bestehen Begehrlichkeiten, den Fonds schneller aufzufüllen und auf europäischer Ebene zusammenzulegen, sowie nach gegenseitiger Kreditvergabe.

Auch wenn Vielfalt von Brüssel aus schwieriger zu überblicken ist als Uniformität, fordere ich von den europäischen Regulierern eine Rückbesinnung auf ihr ursprüngliches Motiv der Bankenunion: die Regulierung systemrelevanter Kreditinstitute und risikoreicher Geschäftsmodelle. Es kann nicht darum gehen, europäische Großbanken auf Kosten kleiner Regionalbanken zu entlasten. Es ist auch nicht sinnvoll, im Markt gescheiterte europäische Banken im Wege gegenseitiger Kreditvergabe am Leben zu erhalten. Wir fordern daher nochmals sehr deutlich, die Beiträge zum Abwicklungsfonds an Risiken und Größe der Kreditinstitute auszurichten. Sonst finanzieren Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die in der Krise die Finanzmärkte stabilisiert haben, die Abwicklung ihrer europäischen nicht überlebensfähigen Konkurrenz. Herr Hofmann wird auf diesen Aspekt gleich noch näher eingehen.

Neben dem Mammutprojekt der Bankenunion ist die anhaltende Niedrigzinsphase ein weiteres zentrales Thema für die deutsche Kreditwirtschaft. Die nachhaltigen Ergebnisse der Genossenschaftsbanken belegen: Um uns muss sich niemand sorgen. Als eine der ertragsstärksten deutschen Bankengruppen mit intaktem Geschäftsmodell, hohem Mitglieder- und Kundenzuspruch, Eigenkapitalausstattung und Risikotragfähigkeit gehen wir die Herausforderung Niedrigzins aus einer Position der Stärke an. Natürlich wollen wir auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften. Wir arbeiten an den Kosten, damit der Wachstumskurs unserer Institute anhält. Wir arbeiten an umfassend modernisierten hochwertigen Beratungssystemen in den Ortsbanken. Auch der Ausbau unserer digitalen Vertriebswege kommt sehr gut voran. Nicht ohne Grund haben Standard & Poor's sowie Fitch Ratings ihre sehr gute Ratingeinschätzung erneut bestätigt und mit einem stabilen Ausblick versehen.

Über die ungunstigen Auswirkungen der Niedrigzinspolitik auf die Altersvorsorge der Bürgerinnen und Bürger sind wir uns vermutlich alle einig und auch der BVR hat sich schon häufig dazu geäußert. Es ist aber auch ein Gebot der Fairness festzuhalten, dass die Europäische Zentralbank (EZB) in der Finanz- und der Staatsschuldenkrise mit dem Herunterschleusen des Leitzinses einen

wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet hat. Das heißt aber auch, dass die Fortschritte bei der Krisenbewältigung mit einer allmählichen Normalisierung der Geldpolitik verbunden sein müssen. Insofern begrüße ich, dass die EZB bei ihrer Ratssitzung letzten Donnerstag keine Hinweise auf weitere Geldspritzen gegeben hat. Die meisten europäischen Länder werden in diesem Jahr ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Natürlich wird die Gesundung der europäischen Wirtschaft noch Jahre andauern. Dazu kommen die Unsicherheiten durch die Krimkrise. Wir hoffen alle, dass die Krise nicht weiter eskaliert. Einen Einfluss auf den Kurs der Geldpolitik hat dies aber wohl nicht.

Zu einer sich allmählich normalisierenden Konjunktur passt jedenfalls eher ein Leitzins von 2 Prozent als nahe Null. Deflationsängste halte ich für übertrieben. Spätestens im kommenden Jahr sollten die Frankfurter Währungshüter daher den Zinserhöhungszyklus einleiten. Das wäre auch für die geschwächten Volkswirtschaften gut verkräftbar. Für den Kreditzugang der kleinen und mittleren Unternehmen in den Südländern ist sowieso entscheidend, dass der Abwärtstrend der Konjunktur ins Positive dreht und dass die Länder ihre strukturellen Probleme auch im Bankensektor abarbeiten.

Neue geldpolitische Programme werden dagegen kaum einen spürbaren Einfluss auf die Kreditvergabe haben. In Deutschland hat der anhaltende Niedrigzins jedenfalls bislang nicht zu einer deutlichen Belebung der Kreditnachfrage geführt. Das Wachstum der Kredite an nichtfinanzielle Firmenkunden lag Ende 2013 mit minus 0,5 Prozent über alle Bankengruppen hinweg sogar noch leicht im negativen Bereich. Die sehr positive Entwicklung bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken steht damit in einem deutlichen Kontrast zur Entwicklung des gesamten Marktes.

Seit der Lehman-Pleite haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken ein bemerkenswert kontinuierliches Wachstum der Firmenkundenkredite aufgewiesen. Die Zuwächse bewegten sich im Vorjahresvergleich mit Raten zwischen 3,7 und in der Spitze von 7,0 Prozent auf einem sehr soliden Niveau. Im Rückblick der fünf Jahre seit Ende 2008 wurde das Kreditvolumen der nichtfinanziellen Firmenkunden der Genossenschaften um knapp 43 Milliarden Euro ausgeweitet, während sich marktweit der Kreditbestand um knapp 29 Milliarden Euro verringerte. Im Vergleich der Bankengruppen stehen die Volksbanken und Raiffeisenbanken damit auf Platz 1. Wichtig ist auch, dass sich die Zuwächse auf zahlreiche Wirtschaftszweige verteilen. Besonders ausgeprägt fiel der Wachstumsvorsprung im Bereich der Dienstleistungen aus, der auch mehr als die Hälfte des Firmenkundenkreditvolumens ausmacht. Der Blick nach vorne ist bei der Kreditvergabe verhalten positiv. In 2014 rechne ich mit einem preisbereinigten Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 1,8 Prozent. Das Wirtschaftswachstum wird

wohl weitgehend von der Binnenwirtschaft getragen werden. Angesichts der noch schwachen Kreditnachfrage in Deutschland und der Reorientierung einiger Banken auf das Kunden- und insbesondere das Mittelstandsgeschäft ist es nicht überraschend, dass der Kreditzugang von den Unternehmen als leicht empfunden wird. So hat die ifo-Kredithürde im Februar einen erneuten historischen Tiefstand erreicht.

Umso überraschender ist die Diagnose der Europäischen Kommission zur Langfristfinanzierung, die in ihrem Grünbuch den hohen Anteil an Bankfinanzierungen kritisiert hat und mehr Kapitalmarktfinanzierungen fordert. Wir erwarten neue Vorschläge der Kommission für Mitte März 2014, aber wir befürchten, dass diese die gut funktionierende langfristige Unternehmensfinanzierung in Deutschland und der weiteren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) eher gefährden. So kommen für die meisten Mittelständler Kapitalmarktfinanzierungen aufgrund der hohen Anforderungen wie etwa Mindestvolumina oder Berichtspflichten nicht in Betracht. Fördert nun Brüssel willkürlich die Kapitalmarktfinanzierung oder andere alternative Finanzierungsmodelle, um die Banken als Intermediäre für Langfristfinanzierungen zu schwächen, ginge das am Bedarf der Unternehmen vorbei und würde Schattenbankaktivitäten fördern. Will die Kommission Bürger und Unternehmen dafür gewinnen, langfristige Investitionen zu tätigen, wäre es zielführender, zentrale wirtschaftspolitische Probleme zu lösen und die Staatshaushalte zu konsolidieren. Staatlich verordnete Kapitalmarktfinanzierung und neue geldpolitische Sondermaßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe in der europäischen Peripherie ersetzen keine Strukturreformen.

Staatlich verordnet wäre übrigens auch das so genannte EU-Sparkonto. Die Kommission prüft derzeit, ob so ein Konto mit EU-einheitlichem Standard und Zinssatz – der vielleicht sogar staatlich garantiert sein soll – Spareinlagen aus Niedrigzinsländern in EU-Hochzinsländer lenken kann – zur Finanzierung langfristiger Investitionen. Meine Damen und Herren, auch dieses Vorhaben schädigt den in Deutschland gut funktionierenden Wettbewerb um Spareinlagen und hat negative Auswirkungen auf die Kreditversorgung. Den Verbrauchern ist mit Vielfalt auch hier ganz sicher eher geholfen als mit Uniformität. Im Übrigen muss die Politik sehr darauf achten, dass sie mit immer neuen strukturpolitischen Maßnahmen, mit regulatorischen Anforderungen und umfangreichen Berichtspflichten nicht ausgerechnet krisenresistente Strukturen wie die Genossenschaftsbanken beeinträchtigt.

Meine Damen und Herren, zunächst wird Ihnen aber nun Herr Dr. Martin die Zahlen der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken näher vorstellen.